



**STEPHAN HEBEL**

**MERKEL**

**BILANZ  
UND ERBE  
EINER  
KANZLER  
SCHAFT**

Mit großem  
Fakten-Check

WESTEND

technischen Feinheiten Menschen an der illegalen Einreise zu hindern, für die es längst keine legalen Wege mehr gibt und die es trotz allem bis hierher schaffen.

- Die Regierung Merkel hat das deutsche Asylrecht mehrfach verschärft. Zuletzt führte die Koalition sogenannte »Ankerzentren« ein, obwohl viele Experten warnen, die Unterbringung in solchen Sammelunterkünften berge die Gefahr, »dass sich da organisierte Strukturen bilden, dass es da eine ungute Dynamik gibt und dass da auch ein hohes Gewaltpotenzial sich anreichert«, so die Polizistin und Grünen-Politikerin Irene Mihalic in einem Radio-Interview.<sup>18</sup>

Fazit: Auf der einen Seite gäbe es durchaus Ideen für eine konsequente »Wir schaffen das«-Politik. Auf der anderen Seite steht das reale Handeln der scheidenden Kanzlerin und ihrer Regierung. Vielleicht kann diese Gegenüberstellung zeigen, dass das Image der »Flüchtlingskanzlerin«, das Angela Merkel von ihren Fans wie von ihren Feinden angehängt bekommt, mit den Tatsachen nur begrenzt zu tun hat.

Wer das feststellt, fordert keineswegs, »alle aufzunehmen«, wie es den Kritikern der restriktiven Migrationspolitik immer wieder unterstellt wird. Ohnehin lebten von den 68,5 Millionen Menschen, die 2017 auf der Flucht waren, allein 40 Millionen als Vertriebene im eigenen Land. 85 Prozent der Geflüchteten insgesamt waren in sogenannten Entwicklungsländern untergekommen.<sup>19</sup> Die Zahl derjenigen, die tatsächlich um Asyl ersuchten, betrug für das Jahr 2017 nicht etwa 68,5 Millionen, sondern 3,1 Millionen – weltweit.<sup>20</sup> Zum Vergleich: Die Europäische Union hat knapp 513 Millionen Einwohner. Spricht das nicht eher dafür, dass sich »Flüchtlingskrisen« ganz woanders abspielen als bei uns, nämlich in den Nachbarländern von Kriegsgebieten und Unruhe-Regionen?

Aber wie viele auch immer gern nach Europa, nach Deutschland kämen: »Alle aufnehmen«, hat niemand gefordert. Niemand hat zudem bestritten, dass es Anerkennungsverfahren und auch Ablehnungen geben muss. Niemand bestreitet, dass das von der Merkel-Regierung beschlossene »Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz« einen Fortschritt in der Migrationspolitik darstellt, wenn auch mit Einschränkungen wie dem schon erwähnten fehlenden »Spurwechsel«. Und niemand ignoriert die deutschen Beiträge für die internationale Flüchtlingshilfe.<sup>21</sup> Aber die Großzügigkeit und die Humanität, die aus Merkels

»Wir schaffen das« zu sprechen schien, ist in der Praxis eben doch nicht so eingelöst worden, wie es dem reichsten Land Europas angemessen wäre. Und das damalige Versprechen hat sich, wie die oben genannten Kritikpunkte zeigen, zum größten Teil wieder in eine Rhetorik und eine Politik der Flüchtlingsabwehr verwandelt. Es war die Noch-Kanzlerin, die schon im September 2016 den Ton vorgab: »Für die nächsten Monate ist das Wichtigste Rückführung, Rückführung und nochmals Rückführung.«<sup>22</sup>

Was das bedeutet, ließ sich dann auch sehr bald in der Praxis beobachten: Am 13. November 2018 startete der 18. Abschiebeflug nach Afghanistan innerhalb von zwei Jahren. »Während aktuelle Stellungnahmen des UNHCR und anderer NGOs sicherere innerstaatliche Fluchtalternativen verneinen und vor dem hohen Risiko warnen, Opfer von Gewaltattacken zu werden, schiebt Deutschland weiterhin fleißig dorthin ab«, kommentierte der Bayerische Flüchtlingsrat, und er berichtete:

Unter den Betroffenen sind auch dieses Mal Personen mit massiven psychischen Erkrankungen, Schüler und potenzielle Auszubildende. Der Bayerische Flüchtlingsrat hat bei diesem Flug bisher von drei Afghanen Kenntnis, die in psychiatrischer Behandlung waren, zwei hatten bereits Suizidversuche hinter sich. Bei einem weiteren stand eine wichtige Operation unmittelbar bevor, um einen voranschreitenden Verlust des Hörvermögens zu verhindern. Er ging bis zu seiner Verhaftung in die Berufsschule. Viele der abgeschobenen Afghanen hatten bereits Ausbildungsplätze, die ihnen jedoch nicht genehmigt wurden. Unter den Betroffenen war auch A. Mohammadi aus Marktoberdorf. Seit 3 Jahren lebte er als fester Bestandteil in der Gemeinde und war gut integriert. A. Mohammadi finanzierte sich selber, hatte eine eigene Wohnung und arbeitete insgesamt seit fast zwei Jahren in Festanstellung im dortigen Elektrobetrieb Staudacher. Der Betrieb kämpfte mit ihm zusammen vergeblich um eine Ausbildungserlaubnis. ‚Es ist ein menschliches Drama. A. war sehr beliebt bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Er ist für unseren täglichen Betriebsablauf enorm wichtig‘, erklärt seine Arbeitgeberin Sieglinde Staudacher.<sup>23</sup>

Schon wenige Monate vor diesem Flug war endgültig klar geworden, dass Deutschland keineswegs »nur« Straftäter oder – im offiziellen Jargon sogenannte – »Gefährder« und »Identitätsverweigerer« nach Afghanistan abschiebt. Der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster nahm eine dahingehende Aussage zurück.<sup>24</sup> Aber selbst wenn sie gestimmt hätte: Warum stört es offenbar kaum jemanden in Deutschland, wenn Menschen, die sich strafbar gemacht haben, von denen Behörden glauben, sie könnten sich strafbar machen (»Gefährder«), oder die ihre Identität nicht preisgeben, weniger Schutzrechte haben als andere? Hatten wir nicht irgendwann gelernt, der Wert der

Menschenrechte erweise sich gerade daran, dass der Rechtsstaat sie wirklich allen gewährt? Wie ist es mit einem Rechtsstaat vereinbar, einen Menschen, der auf der Flucht seine Papiere vernichtet hat, dafür mit Abschiebung in ein Land wie Afghanistan zu bestrafen? Und das, obwohl zum Beispiel Amnesty International klipp und klar feststellt, »dass Afghanistan kein sicheres Land ist, in das Menschen abgeschoben werden dürfen«?<sup>25</sup>

Es war übrigens eine führende deutsche Politikerin, die gefordert und durchgesetzt hatte, dass selbst die ohnehin schwache Einschränkung, die Abschiebungen nach Afghanistan nur in den oben genannten Fällen ermöglichte, wieder aufgehoben wurde: Angela Merkel.<sup>26</sup> Wer eine knallharte Flüchtlingsabwehr nach dem Muster der CSU befürwortet, mag die scheidende Kanzlerin dafür loben. Sie als Vorkämpferin für eine großzügigere Migrationspolitik zu preisen, geht aber – trotz ihres mildereren und angenehmeren Tonfalls – an der Wirklichkeit vorbei. Die von CDU und CSU (mit Unterstützung durch den Koalitionspartner SPD) gemeinsam betriebene Politik hat längst das von Seehofer erwünschte Ergebnis erzielt: Der Streit über die »Obergrenze« von 200.000 Geflüchteten pro Jahr, in dem die CDU-Vorsitzende sich als Verfechterin einer liberaleren Migrationspolitik präsentiert hatte, erscheint im Rückblick als symbolisches Scheingefecht. 2017 beantragten noch genau 198.317 Neuankömmlinge in Deutschland Asyl.<sup>27</sup> Von Januar bis September 2018 waren es 124.405,<sup>28</sup> das sind hochgerechnet auf das ganze Jahr etwa 166.000. Es ist nicht bekannt, dass die »Flüchtlingskanzlerin« sich mit diesen »Erfolgen« der Flüchtlingsabwehr je unzufrieden gezeigt hätte.

## **Neoliberale Modernisierung**

Der praktisch nur noch symbolische Streit über die Flüchtlinge ließ die politische Bilanz der Kanzlerin auf anderen Themengebieten weitgehend in Vergessenheit geraten. Wer nur die erregt ausgetauschten Hasstiraden und die Ergebnisadressen der Zeit seit dem Herbst 2015 verfolgte, hätte kaum glauben können, dass Angela Merkel noch wenige Jahre zuvor als weitgehend

unangefochtene Lieblingspolitikerin der Deutschen dastand. Bei der Bundestagswahl 2013 führte sie die Unionsparteien zu einem fulminanten Wahlergebnis: 41,5 Prozent, ein Plus von 7,7 Punkten gegenüber 2009. Es mag erstaunen, wie schnell dann die Aura der Unanfechtbarkeit, die Merkel bis zum Herbst der Willkommenskultur besaß, verflog. Dabei hat die Zuwanderung, so verbissen sie auch diskutiert wurde, die deutsche Gesellschaft längst nicht so stark verändert wie andere Entscheidungen der Regierungen unter Merkel. Ein Blick auf einige große Linien ihrer Politik wird zeigen: Diese Kanzlerin hatte Deutschland schon längst geprägt, als die ersten Flüchtlinge kamen.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Merkel ist weder eine Heldin noch eine Schurkin. Sie war und ist eine Politikerin, die es in 13 Jahren Kanzlerschaft auf entscheidenden Politikfeldern versäumt hat, den Zusammenhalt der Gesellschaft entschieden zu stärken und die Lage der Menschen im Land zu verbessern. Jedenfalls die Lage derjenigen, für die Politik da zu sein hätte, weil sie die Unterstützung des Staates brauchen. »Es war nicht alles schlecht«, um eine Plattitüde aus anderem Zusammenhang zu zitieren. Aber Angela Merkel hinterlässt dem Land viele – zu viele – Hypothesen.<sup>29</sup>

Diese weitgehend negative Bilanz ist nicht etwa handwerklicher Unfähigkeit geschuldet. Ganz im Gegenteil galt ja die CDU-Vorsitzende für lange Zeit und mit einigem Recht als Meisterin der politischen Strategie. Aber die weit verbreitete Behauptung, sie habe dabei immer unideologisch und ausschließlich machtorientiert gehandelt, hält einer genaueren Betrachtung nicht stand. Eher schon ist diese Fehleinschätzung ein Beleg dafür, wie tiefgreifend es Angela Merkel gelungen ist, ihr politisches Projekt in der öffentlichen Darstellung zu entpolitisieren, indem sie es als rein pragmatisch und damit »alternativlos« verkaufte. Als ebenso unsinnig erweist sich übrigens – trotz der auf manchen Feldern erreichten Modernisierungsschritte – die vor allem von innerparteilichen Gegnern verbreitete Parole von der »Sozialdemokratisierung« der CDU.

Diese beiden Kritikpunkte – reine Machtpolitik und »Sozialdemokratisierung« – sind allerdings auch nicht völlig unbegründet und hängen sogar eng miteinander zusammen: Die langjährige CDU-Vorsitzende hat ihrer Politik tatsächlich mehrmals »sozialdemokratische« Elemente beigefügt. Der Mindestlohn ist dafür das bekannteste Beispiel, auch wenn er in der Höhe und der Ausgestaltung unzureichend blieb.<sup>30</sup> Auch die abschlagsfreie Rente mit 63

nach 45 Berufsjahren wird gern genannt, und in der letzten Amtsperiode der Ära Merkel kamen noch Beschlüsse wie die längst überfällige Wiederherstellung der Beitragsparität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Krankenversicherung oder das »Teilhabechancengesetz« hinzu. Es sieht Lohnzuschüsse von bis zu 100 Prozent und Weiterbildungen vor, mit denen Langzeitarbeitslose in reguläre Beschäftigung gebracht werden sollen. Das wurde auch von regierungskritischen Organisationen wie dem Paritätischen Wohlfahrtsverband trotz einiger Mängel begrüßt.<sup>31</sup> Es ist sicher richtig, wenn behauptet wird, Merkel habe diese Zugeständnisse an eine eher sozialdemokratische Politik aus reinem Machtkalkül gemacht. Aber vergessen wird dabei oft: Sie stehen gerade nicht für die Grundlinie der Merkel'schen Ideologie, sondern sie weichen von dieser Linie ab.

Allerdings hat selbst der Merkelismus seine fortschrittlichen Seiten. In 18 Jahren CDU-Vorsitz hat die erste Frau in diesem Amt ihrer Partei auch einiges an Modernisierung zugemutet. Wenn es darum ging, hoffnungslos veraltete politische Bastionen in der Gesellschaftspolitik zu räumen, griff sie zu. Vier Themen werden in diesem Zusammenhang immer wieder genannt: Familienpolitik, Aussetzung der Wehrpflicht, Atomausstieg und »Ehe für alle«.

Dass Frauen nicht an den Herd gehören, wusste Angela Merkel allein aufgrund ihrer eigenen DDR-Vergangenheit sicher schon länger als die meisten ihrer Parteifreunde in der männerdominierten CDU. Ganz sicher hat sie die Partei mit Projekten wie Kita-Ausbau und Elterngeld in eine Richtung getrieben, die zur heutigen Vielfalt an Lebensentwürfen und zum Gedanken der Gleichberechtigung von Frauen viel besser passt als die lange gepflegte »Papi schafft, Mutti kocht«-Nostalgie. Diesen Weg der Modernisierung zu gehen, fiel der Langzeit-Vorsitzenden allerdings umso leichter, als es auch im Interesse der Unternehmen lag: Ihnen konnte es nur recht sein, wenn der Staat dabei half, dass Frauen auf einem enger werdenden Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen konnten. Wie gesagt: Ein Fortschritt war die Familienpolitik trotzdem – es muss ja nicht alles schlecht sein, was auch Unternehmen nutzt. Aber dass es das tat, hat es einer prinzipiell an den Interessen »der Wirtschaft« orientierten Kanzlerin sicher leichter gemacht, die entsprechende Politik zu forcieren.

Dass mit der Beibehaltung der Wehrpflicht eine weltweit einsetzbare und entsprechend qualifizierte Armee nicht aufzubauen sein würde, erkannte Merkel ebenfalls: Die Aussetzung des Zwangsdienstes 2011 war vom Standpunkt